

Konkassische Post

349357-20
349357-20

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle: Kirchenstr. (Kirotschnaja), 27, neben der deutschen Bibliothek. — Geschäftsstunden (außer an Sonn- u. Feiertagen) von 11—1 Uhr vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Donnerstag und am Sonntag.

Zeugpreis: 30 Rbl. für 1 Mt. Anzeigen: die 3-mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten Seite 4 R., auf der 4. Seite 3 R.

Nr. 27.

Sonntag, den 4. April 1920.

12. Jahrgang.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, die uns in unserem Leid anlässlich des Todes und der Bestattung unseres heissgeliebten Sohnes, Bruders, Gatten und Vaters

Eduard Frick

ihre Teilnahme erwiesen haben, sprechen wir hiermit unseren herzlichsten Dank aus.

Die Trauernden Hinterbliebenen.

Volksbaus Subalow.

Deutsche Dramatisch-Musikal. Vereinigung.

Ostern 1920.

Dienstag, den 13. April, 11^{1/2} Uhr vorm.

Kindervorstellung

Prinzesschen und Bauernmädel.

Eine lustige Aufführung in 3 Akten und 4 Bildern mit Gesang und Tanz.

Vorverkauf der Eintrittskarten: bei Herrn Zahnarzt Prissmann und im Café Hoene. 4-2

Die Gemeinde Ormaschen sucht einen tüchtigen

Küsterlehrer

zu baldmöglichem Antritt. Gehalt bar Rbl. 3500.— pro Monat und in natura 30 Pud Weizen und 35 Pud Kartoffeln pro Jahr. Quartier: 2 Zimmer nebst Küche, Holz und Gemüsegarten. Für das Schreibewort wird ein besonderer Gehalt gezahlt. Angebote sind an das Schulzen-Amt zu richten.

Der Schulz Johannes Schall.

Ekonkuch (Экономическая кухня).

Schwedisch Kochkiste.

Oekonomie 200% an Heizung, Zeit u. Arbeit!

Ohne jegliche Aufsicht und Heizung das Essen fertig zu kochen.

Besichtigung von 10—3 Uhr: Michael-Prospekt 131, beim Hauswirts.

Zur politischen Lage.

Die transkaukasischen Kleinstaaten können sich durch das Interesse, welches die Großmächte für sie zeigen, gesichert fühlen. Es vergeht kaum ein Tag, daß man nicht vom Eintreffen Bevollmächtigter oder gar ganzer Gruppen von Vertretern derselben, die sich der verschiedensten Bezeichnungen bedienen: Kommissionen, Missionen, Delegationen etc., hört. Man vermag kaum noch, sie alle auseinanderzuhalten. Nach den Aufgaben, die ihnen gestellt sind, unterscheidet man diplomatische, militärische, wirtschaftliche und allerlei andere Bevollmächtigte und Vertretungen. Am vielseitigsten ist hierin die Entente, die mit taubstosloppischer Geschwindigkeit an unseren Augen die

Erscheinungen vorübergeleit" läßt, von denen sie voraussetzt, daß sie dem Beschauer dauernd in Erinnerung bleiben werden. Aber nicht nur die Großmächte, mit Ausnahme der zeitweilig durch die Konkurrenz fastgestellten mitteleuropäischen Staaten, d. h. Deutschlands und der Länder der einseitigen Doppelmonarchie Oesterreich-Ungarn sowie deren Bundesgenossen im Weltkriege ungeliebten Andentens, Bulgariens und der Türkei, überboten sich geradezu an Aufmerksamkeit aller Art, sondern auch eine ganze Reihe von minder großen Staaten und nur unlängst zu selbständigem politischen Leben erwachten Völker. Der Tanz um das goldene Kalb dürfte kaum ein abwechslungsreicheres Bild dargeboten haben als dieser Reigen um das Goldene Kalb, das schon im grauen Altertum die unternehmungslustigen Argonauten angelockt hat. Engländer, Franzosen, Italiener, Amerikaner, Polen, Litauer, Letten, Dänen, Kubaner und Terekkasaken — wer zählt die Völker, nennt die Namen, die gäulich hier zusammenkommen! Und da wagt man es noch von Vereinfachung, vom Isoliersein Georgiens bzw. Armeniens und Aderbeidjans zu sprechen! Nein, über Abgeschlossenheit dürfen wir nicht klagen. In verwundern ist nur bei all dem lebhaftesten Interesse für uns, daß man uns immer noch nicht zur Genüge kennt und Frankreich, z. B. wieder einen besonderen Bevollmächtigten, den „Obersten Kommissar“ de-Mariell nebst zahlreichen anderen Herren diverser Berufe und Neigungen hierher entsandt hat, um unsere Verhältnisse „an Ort und Stelle zu ergünden“, und daß auch das wiedererstandene Polen fast gleichzeitig einen ganzen Staat von Sachverständigen, mit dem bevollmächtigten Minister Filipowitsch an der Spitze, mit dem sämtlichen Auftrage betraut hat, von dem Vertreter des lettischen Generalstabes Herrn Herbert Matschens ganz zu geschweigen. Wie dem aber auch sei, eines dürfte doch wohl nun als erwiesen gelten, nämlich, daß die bolschewistische Gefahr für uns nicht mehr existiert, denn wo so viele Befürher in unserem Lande weilen, wird gewiß auch ein Totsch nicht den Mut dazu haben, seine „Noten“ zu veranlassen, dieses gemächliche Bestehensein von Klein und groß durch mutwilliges Eindringen in unsere Umfriedung zu lösen! — Ja, die Bolschewiti! Wem genau nicht vor ihnen, diesen „Kommunisten“ vom reinsten Wasser, die das Paradies auf Erden mittelst des „roten“ und „schwarzen“ Terrors zu schaffen sich vorgenommen haben? Wider Willen sollen auch die verfaßten „Bourskuiten“ in dieses Paradies kommen! Naah ist der Pfad, doch er führt ans Ziel! Oder sollte es sich heute wirklich nicht mehr so verhalten, wie — nun ja, wie es bisher war? Sollten wir wirklich nicht mehr auf dem neuen Wege zur Glückseligkeit gelangen wollen? Sollte Lenin tatsächlich einen neuen Weg dorthin gewiesen haben, einen Weg, von dem Leug, die alles zu befreiten lieben, was der Führer des russischen „Kommunismus“ tut oder unterläßt — gemäß der alten Wahrheit: „Es liebt die Welt das Straßende zu schwärmen!“ — behaupten, es sei der altbekannte Weg des heiligen Bürokratismus, den wir aus der Zeit der Alleinherrschaft, des zarischen „Despotismus“, noch in so frischer Erinnerung haben? (S. hierzu nachst. Abhandlung: Ministry). — Ein Moskauer Junkspruch meldet die Einnahme Petrows? (am Kaspiischen Meer) durch die „rote“ Armee. Offenbar handelt es sich hierbei aber bloß um bolschewistische Paraphrasen, dritliche Bolschewiti, da die regulären Truppen der B. kaum schon bis R. vorgezückt sein dürften. Gletschigkeit kommt die Nachricht, daß Derbent, das bekanntlich fählicher als

Petrowsk liegt, von den Bergvölker-Freischäfern besetzt worden sei. Die „Freiwilligen“ müssen demnach entweder ins Meer gehirt, d. h. mit Hilfe der Kaspi-Flotte entronnen, oder zwischen zwei Feuer geraten sein. Das letztere ist wahrscheinlicher, und werden wir wohl demnach von einem ähnlichen Vorgang hören, wie er sich jüngst an der Grenze Georgiens bei Kasbel abgepielt hat, nämlich daß die Reste der „Freiwilligen“ sich durch die gewiß nicht düggeligen Reihen der Bergvölker durchgeschlagen und dann an der aherbeidjanschen Grenze die Waffen ausgeliefert haben, um einen freien Abzug durch das neutrale Aderbeidjan in der Richtung nach Persien oder, wenn solches nicht möglich sein würde, nach Batum (per Eisenbahn über Abalabjary — Tiflis) zu erlangen. Doch nicht auf das Schicksal der „Freiwilligen“ kommt es im gegebenen Falle an, sondern darauf, ob die Bergvölker gewillt sein werden, Derbent gegen die heranrückenden Bolschewiti zu behaupten und damit zugleich ihren drohenden Einfall nach Aderbeidjan hinauszuhalten, bis vielleicht in letzter Stunde eine Verständigung zwischen diesen und Moskau democh erzielt sein würde. Das Tor von Derbent verteidigen, heißt Batum verteidigen, ebenso wie die Darial-Schlucht halten, heißt Tiflis halten. Man darf annehmen, daß die Bergvölker, welche sich ja lehtin mit den B. überworfen haben, nachdem sie so lange zu ihnen gehalten hatten, als Lenin mit ihnen Krieg führte, an den Glaubensgott in Aderbeidjan nicht Verrat üben werden, und daß in Anbetracht dessen einzuweisen die bolschewistische Gefahr in Dlen Transkaukasien nicht so groß ist, wie sie andernfalls wäre, d. h. wenn die Bergvölker Derbent den B. abgeben würden. Voraussetzung ist hierbei natürlich, daß der Bolschewismus nicht in Batum selbst unversucht sein Haupt erhebt, was nicht ausgeschlossen erscheint, wenn man in Erwägung zieht, daß dort soeben erst eine bolsch. Verschwörung aufgedeckt worden ist, die als böses Symptom nicht zu unterschätzen ist, wenigstens die Hauptverwickelter auch verhaftet und in Sicherheit gebracht worden sind. Ruhe und Ordnung im Rücken der Front gegen den Feind im Norden aufrechtzuerhalten, das ist heute die oberste Pflicht der aherbeidjanischen verantwortlichen Stellen. Pflicht nicht nur inbezug auf das eigene Land, sondern auch hinsichtlich des übrigen Transkaukasien, einschließlich der Republik Georgien. Wird sie dieser Pflicht genügen? Wiederum sagen wir: Wollen wir das Beste er hoffen, aber das Schlimmste befürchten! Der Panislamismus herrt immerhin in den Köpfen und Herzen gewisser aherb. Kreise, und dazu kommt noch, daß neuerdings das Verhältnis Aderbeidjans zu Georgien und erst recht zu Armenien sich bedeutend verschlimmert hat, zu erstem Batums wegen, zu letzterem wegen Karabagh und Sangezur, wo beide Teile einen verzwiefelten Kampf um die Vormacht miteinander kämpfen, dessen blutige Opfer schon nach vielen Tausenden zählen. Wie ein Hohn auf die „transkaukasische Konferenz“, die am 1. d. Ms. begonnen sollte, klingen die heutigen Noten, mit denen die Gegner sich überschütten und die obersten Vertreter der Verbündeten, in Transkaukasien bellenigen, ihre Einmischung anrufen, wo doch die beiden Republiken im Bunde mit Georgien ihre Angelegenheiten selbst regeln sollten: Wenn das so weiter geht, werden allerdings die Beziehungen des georg. Ministerpräsidenten A. N. Sghorbania, die er in den Tagen des Batumer Protestes in einer Besanftung von Vertretern aller leitenden Organisationen des Soz. Dem. Partei Georgiens geführt hat, sich nur zu leicht bewahren u. wird der äußere Feind, der Bolschewiti,

uns wirklich im Handumdrehen zu Boden werfen, denn was zuerst schlagen, ist Sieger in der Regel der Dritte! — Im Westen Transkaukasien, wo die bolsch. Welle, über das Schwarzmeer-Gebiet (Stoffi — Gagry) herbrechend, am ehesten Schaden anrichten konnte, ist jetzt völlig wie es scheint, eine gewisser Art Dampf dadurch gelöscht worden, daß hierher geschickte Kuban-Koisten in großer Zahl, mit ihrer Regierung an der Spitze, mit den „Autonomen“ sich verhandelt haben sollen, und zwar in dem Sinne gemeinsamen Widerstandes gegen die auch über Kaspop vordringenden „Armen“. Es verlautet sogar, daß die also verbündeten Truppenmassen (mehrere Zehntausende sollen es sein) bereits beschloffen haben, den Versuch zu wagen, Moskau wieder zu erobern, mit anderen Worten — aggressiv zu werden, und nicht erst abzuwarten, bis sie von den B. angegriffen werden würden. Man kann diese Entschlossenheit nur mit Freuden begrüßen. Aus Deutschland ist immer noch nicht direkte Kunde gekommen. Was die bolschewistische und vor allem die französische Presse zu melden weiß, ist durchweg einseitiger Kram, aus dem man nur eins mit absoluter Sicherheit schließen kann, daß die Enttäuschung bei den russischen „Kommunisten“ über den friedlichen Ausgang der in dem Vorgehen der B. Kabys und Lätthois in die Erscheinung getretenen nationalrevolutionären Bewegung, die das ganze Volk ergriffen hat, außerordentlich groß ist, da man von den deutschen Kommunisten etwas mehr Schneid erwartet hatte, als sie tatsächlich gezeigt haben, daß diese Enttäuschung aber durch die Verlegenheit der Franzosen noch um vieles übertroffen wird, die nicht einmal wissen, was sie von der ganzen Geschichte halten sollen, und dabei doch nur zu deutlich empfinden, daß, von welcher Seite man dieselbe immer betrachtet mag, der Stachel, den der deutsche Michel vorgeht, hat, ausschließlich gegen den gallischen Hahn gerichtet ist. Ob die Regierungstruppen das Ruhegebiet besetzen, oder ob die Ruhrgebiet-Bewohner in Waffen (man spricht von ca. 100 000 bewaffneten Arbeitern) sich gegen jene verteidigen werden, bleibt sich für Frankreich so ziemlich gleich, denn gefährlich erscheint ihnen der bewaffnete Deutsche in jedem Falle, einerlei als was er zählt, als Reichswehrmann oder als Selbstschutzmann. Am liebsten hätten die Franzosen das Ruhrgebiet selbst besetzt, da es aber bolschewistisch-kommunistisch verwehrt zu sein scheint, so hätten sie sich wohlweislich vor der Anstreckung, die ihnen übrigens das „verbündete“ England auch garnicht zumuten möchte (!) und bleiben zu Hause. Aber der Seuchenerfer in so unmittelbarer Nähe der heimatischen Herde kann doch beim besten Willen nicht als solcher belassen werden! Und da hätte es den Herren an der Seine schon genügt, wenn Herman Müller und Ko.

den eisernen Besen dort angewandt hätten, bis der revolutionäre Unrat fortgeschafft gewesen wäre, während sie selbst inzwischen „zur Sicherheit“ gegen allzuergründlich: Reinemachen die äußeren Städte Frankfurt a. M., Darmstadt, Hanau u. Hamburg besetzt u. sich dort züchtigen lassen hätten. Aber auf den Lenin hat man den „Mittel“ doch nicht gekriegt, und so ist vorläufig alles beim alten geblieben, der englische Nachbar aber tröstet sich damit, daß er in alle Welt hinausgeht: „In Deutschland ist die Ruhe wieder eingeleitet.“ Ein Trost ist es, aber nur ein schwacher, denn ist die Ruhe wirklich eingetreten, so bedeutet sie — Einigkeit aller Deutschen, die als Gegengewicht gegen die französische Maßlosigkeit den „Siegern“ von Versailles noch schwerer auf die Seele fallen dürfte als die Unruhe. Fürwahr, eine Geschichte zum Lachen wär's, wenn sie nicht so ernst wäre!

Ministry*.)

In einem amerikanischen Journal wird behauptet, daß Moskau „roja“ geworden sei, d. h. daß es nicht mehr jene grellrote Farbe habe, wie in den ersten dramatischen Tagen der Revolution. Genau so sei auch die Färbung der bolschewistisch-kommunistischen Führer heute nicht mehr rot, sondern rosa. Sie wüchsen wohl noch ihre frühere Färbung beizubehalten, aber... sie entschließen sich doch bereits. Langsam, aber sicher beschreiten sie den Weg des Kompromisses (Ausgleichs). Sie wollen die Macht nicht aus den Händen lassen und von den Grundbesitzern der Revolution retten, was nur irgend zu retten ist, und müssen daher nehmen und — geben! Gegenwärtig ist schon in vielen Fabriken und gewerblichen Betrieben des Sowjet-Rußlands die (Mord-)Stücklohn-Arbeit wieder eingeführt, was den wahren Idealen der Sozialisten direkt entgegengesetzt ist. Weshalb? Aus dem einfachen Grunde, weil die Regierung eingesehen hat, daß auf diese Weise schnellere und bessere Arbeit erzielt wird, wozu es ihr ja vor allem ankommt. Und so wie hier, begegnet man auch auf allen anderen Gebieten des staatlichen Lebens, insbesondere in allen Teilen des staatlichen Verwaltungsapparates, dem — Kompromiß! Nehmen wie z. B. das Kommisariat für auswärtige Angelegenheiten. Haben wir es nicht unlängst übernommen, daß die Sowjet-Regierung sich bereit erklärt hat, die äußeren Anleihen zu begleichen? Das ausländische Kapital zugelassen werden.

*) Ein englisches Wort, das „Nachahmung“ bedeutet u. speziell gebraucht wird in Bezug auf das Vermögen gewisser Lebewesen, sich in Form und Farbe der Umgebung anzupassen. — Die Schrift.

fell? Daß die bolsch. Propaganda im Auslande fortan unterbleiben wird? Daß bald alle Welt sich von der Mächtigkeit der Moskauer Gewaltshaber zu überzeugen die Möglichkeit haben wird? Das hat derselbe Schriftführer, der Kommisariat für die auswärtigen Angelegenheiten der Regierung Lenins, erklärt, welcher vor einem Jahr die äußeren Anleihen annulliert und zugleich gedroht hatte, die ganze Welt mit den Feuerstein der Revolution zu besleuchten! Und Lenin selbst? Er ist erst leicht „roja“ gefärbt! Er geht nicht nur mit den Arbeitern und den bolschewischen Bauern, dem sogenannten „mittleren“ Bauernstande, Kompromisse ein, sondern auch mit der ihm so verhassten Bürokratie. — Hinichtlich dieser letzteren Behauptung ist bezeichnend, was Lenin in diesen Tagen in seiner Begründungsrede zur Eröffnung des 9. Kongresses der kommunistischen Partei der russischen Volkswirtschaft in Moskau u. a. gesagt hat: „Es handelt sich jetzt in der Hauptsache um die Lösung der Frage, welche Art von Verwaltung den inner-russischen Verhältnissen dienlicher wäre, die kollektive oder die individuelle (von einzelnen Personen ausgehend)? Ich bin geneigt, der individuellen Verwaltungsform den Vorzug zu geben.“ Redner begründete darauf seinen Standpunkt mit dem Hinweis auf den Wert, welchen die Spezialisten in Sachen der Verwaltung und der administrativen Organisation jeglicher Unternehmungen und Einrichtungen hätten, und bemerkte zum Schluß: „Um des Sieges über unsere wirtschaftliche Zerrüttung willen müssen wir die Erfahrung der Leute von früher, der bürgerlichen Klassen, ausnützen, indem wir gleichzeitig Nachfolger für sie aus Leuten unserer Klasse vorbereiten.“ Zieht man hierbei in Betracht, daß alle Provinzialräte vor kurzem durch ein Dekret der Moskauer Regierung schon beseitigt worden sind, mit samt deren Bezugsräten, und daß es von dieser rigorosen Maßregel gewiß nicht mehr weit bis zu der rigoroseren Maßregel der Aufhebung auch der Räte in den beiden Hauptstädten Moskau und Petersburg ist, so wird man nicht umhin können, denjenigen recht zu geben, die, wie z. B. die titl. „Vorjahr“, in der persönlichen Gewalt der Spezialisten die Vorläuferin der Alleinherrschaft, der Diktatur Lenins, welche berufen ist, die bolschewistische Diktatur abzulösen, erblicken. Auch während der großen französischen Revolution zu Ende des 18. Jahrhunderts ist aus der Diktatur des Konvents (der Diktatur der Massen) zunächst die Diktatur einer einzelnen Partei, aus dieser dann die Diktatur der Bürokratie (der „Spezialisten“) und schließlich aus ihr die Diktatur Bonapartes hervorgegangen. „Bis zu welcher einem Zerfall muß aber das Land gelangt sein“, ruft das gen. Blatt aus, „das das Quat der Sowjet-Gewalt offen das eigene Prinzip, die Grundlage dieser Gewalt (d. h. die Räte-Organisation) begründet!“ Uns aber will es scheinen, daß Lenin auch im

Rind meine Fahne hoch. Fräulein Karin Boyne, wollen Sie das heute nicht tun als erwachsenes Mädchen?

Karin Boyne schweig bekommen. Es war ihr sehr unheimlich zumute.

Wie meinen Sie das? brachte sie endlich heraus und zog sich unwillkürlich auf die Landungsbrücke zurück. Der Sonderling feste den Fuß so fest auf den Bootsrand, daß das Boot ins Schwanken kam. Ich meine, Fräulein Karin Boyne, daß ich Sie lieber hab, als alles auf der Welt!

Das Mädchen schlug die Hände vors Gesicht. Mein Gott, ich kann ja nicht, ich bin so jung. Ich hab Sie ja gern, aber — lieb haben — ich weiß nicht...

Als sie die Hände vom Gesicht nahm, war der Sonderling schon von Land abgehoben und land aufrecht im Boot, den Rücken dem Ufer zugewandt, während der erste Blindhoh in die Regel saß.

Nur eines hatte das Mädchen noch gehört: behüt dich Gott, Karin Boyne! — (Schluß, folgt.)

Luftige Gär

A. G. I. d.

„O mein! hot's Bajert, s' alt, verjählt, Der Brand, des war a' Graus! Da Flamma hent zum Himmel g'schla, Und hin war's ganze Haus. Rein gar nie hanner ausa Braut, Kein Bier, kee Q'wand, kee Braut. Es war a' Glück, daß i no g'schwind Hab' d' Kaffeemühle g'rett!“

Für Herz und Gemüt

Di Schwalb macht koin Sommer.

- Di Schwalb macht koin Sommer,
- Di Scheitl koin Brand,
- Di Fonger koi G'witter,
- Di Donner koi Sand.
- Di Baum macht koin Wald net,
- Di Tröpfle koin Bach,
- Di Feder koin Vogel,
- Di Hangel koi Dach?
- Di Wort macht koi Predigt,
- Di Karte koi Spiel,
- Aber oi Ruß vom Schänke
- D, oi Ruß macht viel.

Halbmaß geflaggt.

Eine nordische Geschichte von Manfred Ryber, Charlottenburg.

(4. Fortsetzung.)

So wartete der Sonderling viele, viele Tage und endlich kam Karin Boyne. Da stand der Sonderling auf, langsam und müde, wie jemand, der lange, lange gewartet hat, in seinen Augen aber schimmernde etwas, als habe sich die Sonne drein versungen, wie in Karin Boynes goldenem Haar. Karin Boyne kam ihm auf der Landungsbrücke entgegen.

„Guten Tag, Fräulein Boyne“, sagte Fred Rundrit und nahm den Hut ab — und den Hut behielt er in der Hand.

„Guten Tag“, jagte Karin Boyne freundlich, aber sie kuckte nicht mehr, denn sie trug ein langes Kleid. So gingen sie langsam bis ans Boot heran.

Da holte der Sonderling etwas Glänzendes aus der Tasche, ein goldnes Kreuz mit einem Kettchen, und reich: es ihr.

„Ich gratuliere Ihnen zur Konfirmation“, sagte er mühsam, und ich möchte Ihnen gern das Kreuzchen geben, es ist von meiner Mutter, und meine Mutter hab ich lieb gehabt.“

„Das ist niedlich, ich danke schon“, sagte Karin Boyne und nahm es ihm aus der Hand. Aber sie sah nicht, daß die Hand zitterte.

„Möchte es Ihnen Glück bringen“, sagte der Sonderling leise. Karin Boyne wurde etwas verlegen.

„Nun können Sie auch die Bücher haben“, lenkte Fred Rundrit ab, „wollen Sie?“

„Ach ja, das ist nett, das hatt' ich beinahe vergessen.“ Da gingen sie beide in die Kajüte wie damals und er gab ihr die Bücher und sie unterhielten sich, aber nicht so umfangen, wie sie sich damals unterhalten hatten. So war Karin Boyne eigentlich froh, als sie wieder auf Deck war und ihm die Hand zum Abschied reichte. Der Sonderling aber hielt die Hand fest und sah plötzlich so aus, wie ein Mensch nun aussieht, wenn's um seine arme Seele geht. Davon aber konnte ja Karin Boyne noch nichts wissen.

„Fräulein Boyne“, sagte er, „Sie wollten mal als

gegebenen Falle, wie er es immer tun soll, wenn man einem jünger im Pariser „Temps“ erschienenen Charakterbild Lenins Glauben schenken darf, die logischen Folgen aus den in der naturgemäßen Entwicklung der Dinge in Rußland gegebenen Voraussetzungen zu sichern sich bemüht und daß er dort beizugehen einlenkt, wo ihn sein bisheriger Weg in eine Sackgasse zu führen drohte. Das er dabei dem russischen Volke durch seine Politik der angeblichen „Befreiung“ der Völker Afrikas von fremdem Joch“ Perspektiven vorzeichnet, die dessen nationalem Bewußtsein verlockend erscheinen, und das er durch die scheinbare Wiederherstellung des einstigen Russischen Reiches sich die Zuneigung jedes national empfindenden Russen erwerben muß und wird, unterliegt kaum einem Zweifel. Und wenn dem „Diktator“ (hoffentlichlicher Formation!) um dessen willen viel vergeben werden wird von seinen Genossen und Stammesgenossen, so zeigt sich hierin nicht nur die geistliche Ueberlegenheit Lenins über viele zeitgenössischen Politiker, sondern auch — und das in noch viel größerem Maße — die soziale Gefahr, die sein Abschweifen von der reinen Lehre des Kommunismus, wie es nach obigem so deutlich zutage tritt, für diejenigen Staaten bedeutet, deren Interessen mit der „Befreiung der asiatischen Völker“, d. h. der Ausbreitung des russischen Machtgebiets, nicht im Einklang stehen und nie in Einklang gebracht werden könnten. Und wenn Lenin, um die weuropäischen Mächte, die ihm in der Erde verhasste Entente, vertrauenslos zu machen, die Aufhebung der Todesstrafe, die Abschaffung der „Zensurvorrichtung“, die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen und Gott weiß was nicht sonst alles an Gütern verheißt oder gar bereits in die Wirklichkeit umsetzt, so wissen wir, daß er auch hierin nur täuscht, wie alles auf Täuschung beruht, was Lenin gezungenermaßen tut, um die Lehre durchzuführen, der er sein ganzes Streben gewidmet hat und widmen wird: den Kommunismus, und das nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt! Lenin müßte nicht der Mann mit dem „eierernen Willen, gepaart mit Häßlicherer Logik“, sein, Lenin müßte aufhören Lenin zu sein, wenn das aufrichtig und wahr wäre, was diejenigen von ihm glauben möchten, die die Gefahr nicht recht sehen wollen, welche jeder seiner Schritte für die Welt in sich schließt, die dem Weltbild zuwider sich entwickelt, das seinem Geiste vorwebt. Darum „mügen die Konsult zusehen, daß der Staat nicht Schaden nehme“, wie ein geflügeltes lateinisches Wort in deutscher Uebersetzung lautet. Rimsky, ja — Rimsky!

Proteststimmen gegen die Auslieferung der sog. „Kriegsschuldigen“.

„Humanität“ (7. 2.) erklärt: „Wie in der alten und neuen Welt, selbst solche, die außerhalb des Sozialismus stehen, verurteilen den Vertrag von Versailles, da sie ihn für unausführbar halten. Vor wenigen Tagen hat Kaunitz (früher engl. Premierminister). — Die Schrift. der „R. P.“ in Paisley betont, die Revision des Vertrages sei unvermeidlich. Die öffentliche Meinung Deutschlands, nicht nur der rechten, sondern auch der anderen, Fraktionen, sieht der Auslieferung der Kriegsschuldigen feindselig gegenüber. Die Alliierten (Verbündeten) sind durch den Vertrag bewaffnet, aber entwaffnet vor dem menschlichen Gewissen! Sie haben für sich den Buchstaben eines Vertrages, den sie mit Gewalt diktiert haben, aber sie haben gegen sich die nicht geschriebenen Gesetze, die das Schicksal in die ehernen Tafel der Geschichte einmeißelt.“ — Auch der „Populaire“ (7. 2.) wendet sich in scharfer Weise gegen das Auslieferungsverlangen: „Die Erklärung des preussischen Ministers des Innern Heine im Reichsrat ist eine Kundgebung, die man nicht als theatralisch bezeichnen darf; sie entspricht sicher einem tiefen, allgemeinen Gefühl, und die verbündeten Regierungen würden einen schweren und unüberzeitlichen Fehler begehen, wenn sie ihre Tragweite unterschätzen. (Vgl. hierzu in Nr. 24: „Zur Befestigung und Ablehnung des Auslieferungsbegehrens der Entente.“ — Schlußabsatz. — D. Schrift. b. „R. P.“) Man darf nicht umsonst an das Weltgewissen appellieren! Was für Verbrecher auch die Militär- und Zivilpersonen

*) Nach jüngst hier eingetrossenen ausländ. Zeitungen zusammengestellt. — Die Schrift.

des kaiserlichen Deutschlands sein mögen, diese sogenannten Kriegsschuldigen, wozu ein Teil der Verantwortung sie auch mit vielen anderen für die Erdverfälschung der Völker trifft, sie haben doch ein Recht an die Gerechtigkeit der Welt. Der Artikel 228 des Versailleser Vertrages verletzt Grundzüge, die man nicht vergessen und noch viel weniger mit Füßen treten darf, ohne das das Weltgewissen dadurch Schaden erlitt. Der Artikel ist tatsächlich und rechtlich unausführbar. Man kann nicht Richter und Partei in ein und derselben Angelegenheit sein.“ — Die Pariser „Gazette“ schreibt: „It man bereit, selbst bis zur vollständigen Befreiung Deutschlands zu gehen, — um die Hand auf die Angeklagten zu legen, die sich aber trotzdem entfernen könnten? Glaubt man die Blockade wieder aufrichten zu können, die keine andere gültige Entschuldigung für sich anzuführen hat, als das Recht gesetzlicher und gebieterischer Verteilung? In diesem Falle darf man nicht vergessen, bevor man sich auf ein solches Abenteuer einläßt, daß nur wenige Staaten sich tatsächlich an der Blockade beteiligen würden und daß dies das beste Mittel wäre, Frankreich selbst ins Elend zu stürzen. Die Entschädigungen aber, die man trifft in der Annahme, daß Deutschland nichts gegen sie unternehmen werde, würden schwere Folgen nach sich ziehen. Die Deutschen behaupten, die Klausel der Auslieferung sei nicht gültig, weil sie unter dem Druck der Gewalt erzielt worden sei. Das ist das große Argument: Nichtigkeit wegen Anwendung von Gewalt! Das ist übrigens das Los fast aller Verträge, welche die Sieger den Besiegten aufzwangen. Als Frankreich 1870 Elsaß-Lothringen abtreten mußte, befand es sich in ähnlicher Lage.“ — Das „Journal“ läßt sich unter dem 7. 2. aus London melden: „Lord Robert Cecil sagte in einer öffentlichen Versammlung, diejenigen, welche die Kriegsgesangenen in Deutschland mißhandelt hätten, müßten bestraft werden, aber das wolle nicht betragen, daß es richtig sei, zu verlangen, daß Generale, Staatsmänner oder Prinzen um sozusagen massenweise ausgeliefert werden müßten.“

Englische Presse.

„Daily Chronicle“ vom 7. 2. sagt zur Auslieferungsangelegenheit: „Wir wissen nicht, ob die Bitte stimmt, aber wir können mit Bestimmtheit behaupten, daß, wenn sie stimmt, sie niemals der britischen Regierung übermittelt und also auch nicht von ihr genehmigt worden ist. Sie ist schlechthin grotesk, und wenn dies wirklich die der deutschen Regierung vorgelegte Bitte ist, so sind wir überzeugt, daß die Diplomatie der Verbündeten in Paris wieder einmal eine neue unentschuldbare Torheit begangen hat. Man kann von keiner Regierung und von keinem Volk verlangen, 15 Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten, ohne ein Wort inzwischen diesbezüglich gesagt zu haben, einen Mann auszuliefern, der so seine Pflicht erfüllt hat, wie Hindenburg. Wenn diejenigen, die im Namen der Alliierten handelten wirklich die in Rede stehende Bitte oder eine ähnliche überreicht haben, dann müssen sie glatt bestritt werden, ehe sich etwas Ähnliches wiederholt.“ — Auch in der übrigen englischen Presse findet die Auslieferung keine Zustimmung. „Daily Express“ nennt sie einen „gewaltigen Mißgriff“. Die Lage sei jetzt so, daß die Verbündeten entweder Deutschland zwingen müßten, wobei sie einen Sieg der Spartakisten riskieren würden, oder genötigt wären, den Standpunkt, den sie eingenommen haben, aufzugeben. Dadurch würden sie gegenüber den Feinden ihr ganzes Ansehen und ihre Autorität einbüßen. Das Blatt schließt: „Wenn wir den Frieden nicht verlieren wollen, so müssen die Alliierten und der Hohe Rat mit ihrer kurzfristigen Politik aufhören. Der Rücktritt der deutschen Regierung könnte für die Verbände, welche die schlimmsten Folgen haben. Uebrigens enthält die Bitte auch Namen von Personen, die keine Kriegsmissetäter sind. Die beste Lösung wäre die, wenn man einen internationalen Gerichtshof in einem neutralen Lande errichten würde.“

Holländische Presse.

Das Organ der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Het Volk“ schreibt in einem Leitartikel (7. 2.), die Spannung, die das Auslieferungsbegehren in Deutschland, in den neutralen Ländern und in der ganzen Welt erzeuge, lasse deutlicher als je den „weltgefährlichen Charakter der Ententepolitik“ erkennen, es sei eine „Politik auf Biegen oder Brechen“, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen, politischen und vor allem psychologischen Folgen.

Deutsche Presse.

„Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, berichtet vom 8. 2. folgendes: „Eine Konferenz der Abteilungsvorstände der Berliner sog.-dem. Parteiorganisation, die am 6. 2. in den Sophienhallen tagte, befaßigte sich neben der Erörterung anderer Parteiangelegenheiten auch mit der Auslieferungsfrage. Allseitig wurde die Auffassung vertreten, daß das Verlangen der Gewaltthaber der Entente nicht erfüllt werden kann, weil es nicht erfüllbar ist. Die Parteigenossen lehnen es entschieden ab, tatsächlich vorgekommene Kriegsverbrechen verteidigen und die Verbrecher schämen zu wollen. Sie verlangen im Gegenteil eine gerichtliche Sühne ohne Ansehen der Person. Die Angeklagten müssen aber vor deutsche Gerichte gestellt werden und dürfen nicht der niederen Nachhut der selbst schuldbeladenen Sieger ausgeliefert werden. Die Unterschrift unter dem Versailleser Dokument ist erpreßt, die Durchführung der Friedensbedingungen unmöglich. Selbst wenn die Erfüllung dieser Verpflichtung möglich wäre, hätte es die Entente in der Hand, so wie sie es jetzt tun wird, mit Repressalien zu drohen wegen Nichterfüllung anderer unausführbarer Friedensbedingungen. Einstimmig beschloß die Konferenz, sich den Erklärungen anzuschließen, welche am 5. 2. vom Genossen Keinitz in der Preussischen Landesversammlung und vom Genossen Heinnann in der Berliner Stadtverordnetenversammlung abgegeben wurden.“ (Diese Erklärungen sind im Sinne der Ablehnung des Auslieferungsbegehrens der Entente abgegeben worden. — Die Schrift. der „R. P.“)

Selbst die Tschechen protestieren!

Das Prager halbamtliche Blatt „Cesko-Slovenska Republika“ schreibt: „Es kann keinen Streit darüber geben, daß es im Interesse der zivilisierten Welt ist, die Schuldigen tatsächlich zu bestrafen. Die deutschen Gerichte gewähren freilich nicht hinreichende Bürgschaften. Aber man darf auch den Widerstand des deutschen Volkes nicht unterschätzen. Vielleicht wäre der beste Ausweg, wenn neutrale Gerichte damit betraut würden, über die Angeklagten zu urteilen.“

Macht und Recht.

Die Nichtauslieferung der geforderten Personen ist zweifellos, eine Verletzung des Friedensvertrages. Ob diese Verletzung aus bösem Willen oder aus Unfähigkeit, sie zu vermeiden, entspringt, ist gleichgültig, entscheidend ist das Ausbleiben der Leistung, die vertragsmäßig zu erfüllen ist. Eine Verletzung des Vertrages bedeutet aber noch nicht seine Aufhebung. Wenn Deutschland seine Pflichten aus dem Vertrag nicht erfüllt, so haben deswegen die Alliierten gegenüber Deutschland noch nicht alle Rechte, die sie sich nehmen wollen, sondern nur diejenigen, die ihnen der Vertrag im Falle der Verletzung der Vertragspflichten durch Deutschland zubilligt. Aus dem Völkerrechtlichen ins Privatrechtliche übertrifft: Wenn ich meine Vertragspflichten nicht erfülle, so entspringt mir daraus der im Vertrag vorgesehene Nachteil, z. B. die Verpflichtung, eine Konventionstrafe zu zahlen, nicht aber die Verpflichtung, mich meiner Freiheit berauben oder mir den Schädel einschlagen zu lassen. Ein Paragraph des Vertrages (§ 18 Anlage II zu Teil VIII), der wegen seiner Ungeheuerlichkeit häufig zitiert wird, besagt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen berechtigt sind, wirtschaftliche und finanzielle Sperre- und Vergeltungsmaßregeln, überhaupt solche Maßregeln zu ergreifen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten. Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß sich dieser Paragraph 18 nur auf die Verpflichtungen der Wiedergutmachung bezieht, also zur Ergründung der Auslieferungen rechtmäßig auf keinen Fall in Anwendung gebracht werden kann. Außerdem ist später festgelegt worden, daß die Maßnahmen, die die Alliierten ergreifen dürfen, um die Kriegsschuldigen zu erzwingen, nicht militärischer Natur sein sollen. Es ergibt sich also, daß die Entente aus dem Vertrag nicht berechtigt ist, Deutschland wegen der Nichtauslieferung zu blockieren oder weitere Befehle vorzunehmen. Noch weniger hatte die Entente aus dem Vertrag das Recht, die Kriegsgesangenen oder einen Teil von ihnen als Geiseln zurückzuführen, was vielfach bestritten wurde. Militärische Maßnahmen oder Festhaltung von Geiseln kommen rechtmäßig in keinem Fall in Betracht, wirtschaftliche und finanzielle oder ähnliche Vergeltungsmaßregeln

nur dann, wenn es sich um Nichtverletzungen aus Teil VIII des Vertrages (Wiedergutmachungen) handelt.

Vertragsmäßig hat die Entente infolge der Nichtauslieferung nur ein Recht, dieses aber ist unbestreitbar. Sie hat das Recht, die Befestigung der jetzt besetzten Gebiete im Besten längere Zeit aufrecht zu erhalten, als dies der Fall wäre, wenn Deutschland alle Vertragspflichten erfüllte. Das geht aus Teil XIV des Vertrages hervor, der von den „Bürgschaften für die Durchsührung“ handelt. Dieser teilt das Befestigungsgebiet in drei Zonen: die erste soll nach fünf, die zweite nach zehn, die dritte nach fünfzehn Jahren geräumt werden, wenn Deutschland den ihm für den betreffenden Zeitabschnitt auferlegten vertragsmäßigen Pflichten nachgekommen ist. Andernfalls sind alle alliierten und assoziierten Regierungen berechtigt, die Befestigung länger auszuwehnen.

Der Vertrag enthält aber nichts, was die alliierten und assoziierten Regierungen berechtigt, der Befestigung einen anderen Charakter als einen zeitweiligen zu geben, insbesondere nichts, was sie berechtigt, die Befestigung in eine Vorbereitung und Angliederung an einen anderen Staat zu verwandeln. Außerdem sieht das Recht, die Befestigung zeitlich auszuwehnen, nicht einer einzelnen Macht zu, die sich in den ihr aus dem Vertrag erwachsenden Ansprüchen geschmälert sieht, sondern nur der Gesamtheit der alliierten und assoziierten Regierungen. Andernfalls wäre es z. B. juristisch möglich, daß der Freistaat Heftigas wegen Nichtauslieferung des ihm durch Artikel 246 zugewprochenen Schädels des Sultans Maknata das linksrheinische Gebiet zur arabischen Provinz erklärte!

Mit diesem Beispiel ist auch schon gesagt, daß die zeitliche Ausdehnung der Befestigung eine Folge ist, die im Falle einer Vertragsverletzung erfolgen kann, aber nicht erfolgen muß. Man kann nicht die Befestigung länger auswehnen, weil Deutschland fünf Mark schuldig geblieben ist, das wäre eine unfinnige und schändliche Auslegung der „Vertragbürgschaften“ und ein Hochn auf jegliches Recht. Tritt der Fall einer Vertragsverletzung durch Deutschland ein, so wird die Gesamtheit der alliierten und assoziierten Regierungen darüber zu entscheiden haben, ob diese Verletzung schwerwiegend genug ist, um eine Verlängerung der Befestigung über die vorgesehene Zeiträume hinaus — wie sie Millerand in seiner Kammerrede bereits in Aussicht gestellt hat — zu rechtfertigen.

Die Entente kann also vertragsmäßig nur eines tun. Sie kann beschließen, daß die Befestigungszeit verlängert wird, falls die Auslieferung nicht in einer bestimmten Frist erfolgt ist, und kann diesen Beschluß der deutschen Regierung mitteilen. Wir können dann vor einer Situation, die sowieso eines Tages eintreten muß, falls die Entente auf der Erfüllung des Vertrages in jedem Punkte bestehen sollte. Jeder fehlende Wagon Kohle, jedes fehlende Faß Teer kann gegen dieselbe Wirkung bewirken. Das ist ja, wenn der Ausdruck erlaubt ist, der diplomatische Teufel des Vertrages, daß er den verheißenen Annexionsbestrebungen Frankreichs Erfüllung winkt, daß er die Gelegenheit bietet, die Okkupation so lange auszuwehnen, bis sie sich — wie im Fall Bosnien — fast von selber in eine Annexion verwandelt. Aber die Annexion wäre auch dann noch Vertragsbruch, und die zeitliche Ausdehnung der Befestigung kann, wie schon gesagt, nicht von einer einzelnen Macht, sondern nur von der Gesamtheit der alliierten und assoziierten Regierungen verhängt werden.

Wie steht nun die Sache, wenn die Entente durch eine Drohung, die im Vertrag keine Stütze findet, die Auslieferung zu erzwängen versucht? Auf diese Frage kann man sich nur aus der Völkerbundfaktung Antwort holen. Nach der Völkerbundfaktung ist Blockade, außer im Fall des schon erwähnten § 18, nur möglich auf dem Wege des Bundesbeschlusses und der Bundesresolution, ein militärisches Vorgehen, also Vornahme weiterer Befestigungen, ist nur auf diesem Wege möglich. Die Bundesresolution setzt Einstimmigkeit der Bundesversammlung voraus. Zudem muß der rechtliche Sachverhalt durch den Rat oder durch ein Schiedsgericht klargestellt sein. Der rechtliche Sachverhalt ist aber so, wie er oben dargestellt ist; auch der Rat oder das Schiedsgericht kann rechtmäßigerweise der Entente keine Rechte zugestehen, die ihr nicht aus dem Vertrag zusteher; also auch nicht das Recht der Blockade (außer im Falle des § 18) und nicht das Recht des militärischen Einmarsches. Die Vornahme solcher Handlungen durch einen einzelnen Staat oder durch die Gesamtheit der Entente würde einer

Aufhebung des gesamten Friedensvertrages einschließlich der Völkerbundfaktung gleichkommen. Der durch den Vertrag von Versailles geschaffene völkerrechtliche Rechtszustand wäre dann rechtlos beseitigt, und der Kriegszustand, hervorgerufen durch eine Völkerrechtsverletzung der Entente, würde an seine Stelle treten.

Aber auch der Zusammenhalt der alliierten und assoziierten Regierungen wäre dann vertragsmäßig nicht mehr gegeben, er könnte nur durch neue Verträge ganz oder teilweise neu geschaffen werden. Denn die Entente als Kriegsbund hat ja durch den Abschluß des Friedens zu bestehen aufgehört, und für den Fall vertragswidrigen Verhaltens eines Teils der Entente besteht für die anderen keinerlei Solidaritätspflicht. Völkerrechtlich wäre die Bildung ganz neuer Kombinationen in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Aus diesen Betrachtungen ergibt sich, daß Verletzungen des Vertrages von Versailles für beide Teile mit bevorstehenden Risiken verbunden sind. Die Entente hat heute alle Macht, aber nicht alles Recht. Mit der Aufhebung des jetzt geltenden Vertragszustandes würde ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte beginnen, in dem sich erweisen müßte, ob nicht schließlich auch die stärkste Macht an der dauernden Kraft des Rechtsgebantens zerbrechen kann.

(Fortw.)

Aus dem deutschen Leben.

Katharinenfeld, der 21. März.

Die Landreform hat auch in Katharinenfeld Wurzel gefaßt, und ist man schon seit einiger Zeit mit ihr beschäftigt. Verschiedene Privatbesitzer gingen bereits im vorigen Jahre ihres Landes verlustig, nun ist die Reihe an den Gemeindefürsorgern. Es wird viel Mühe kosten, die Angelegenheit so zu regeln, daß sie in das richtige Geleise kommt. Mancher Wirt, der dem Agrargesetz unterliegt, ist ihm vom Schicksal getroffen, weil er genötigt wird, das Land abzutreten, in dem der Vorfahr, der eigene und seiner Erbschaft sicher zu sein auch in Zukunft, soll auf einmal an einen anderen Besitzer übergeben! Alles, was durch Fleiß erworben, hat seinen Wert, und wenn mancher Wirt gegen die Landreform aufgebracht ist, so kann es ihm nicht übel genommen werden. Jeder Arbeiter ist eben seines Lohnes wert! Wenn nun aber der Bauer für sein Land, in dem seine Mühe und Arbeit liegt, nicht entschädigt wird, so geschieht ihm unrecht. Andererseits geht es ihm, das hoch zu halten, was unsere Väter erworben haben, und sollte sich ein jeder beugen vor ihren Werken; sie zeugen von einer Liebe zur Arbeit, die uns zugute kam und unseren Kindern in fester Ankerkraft bleiben muß. Unsere Väter haben das Land angezogen als Mühe, haben in Schweiß und Tränen die Felder bebaut, waren großen Gefahren ausgesetzt, aber sie haben den Sieg errungen, und ihre Werte stehen heute noch vor uns, wie Kirche, Schule, Pastorat, verschiedene Gemeindefürsorgern, die wir heute nicht einmal in der Lage sind zu unterhalten oder zu rekonstruieren, geschweige denn etwas auszubauen. Und das richtet alles dabei, daß die nötige Hand fehlt, um die Gemeinde zu leiten. So wie man in den Wald ruft, halt es wieder. Berechtigt nicht, als was unsere Vorfahren hierher kamen und als was wir schließlich das Feld räumen! Die Landbesitzer, die den Schwert unterliegen, werden wohl beschämt, aber nicht zum Tode. Wenn der Trieb einer Klasse geniert wird, ist wohl eine kleine Rausch zu berechnen; es ist aber durchaus nicht gesamt, daß sie eingehen wird. Die Klänge sucht ihre Stoffe, das was ihr durch die Wurzel zugeführt wird, nach einer anderen Richtung abzugeben. Dasselbe ist bei einem Menschen der Fall, bei dem der Arbeitstrieb vorhanden; er wird sich stets als Mann erweisen und als solcher sich auch geföhrt sehen. Wir stehen heute vor einer großen Aufgabe, die wir zu lösen haben. Ein großer Teil der Gemeinde hat wohl keine Ahnung von dem, was uns in nächster Zukunft durch die Landreform droht. Wir sind der Gefahr ausgesetzt, mit andern Völkern vermisch zu werden. Unser Schutz war bisher in unserer inneren Autonomie. Sollten sich aber jetzt die Türen öffnen, daß jeder Einzelne bei uns Land und Haus erwerben kann, so wird das Deutschland in Katharinenfeld urrechtbar dem Verderben entgegengehen. Man wählt stets von zwei Übeln das kleinere. Es mögen daher alle anderen Angelegenheiten an zweiter Stelle folgen. Unser Erbschaft in uns geföhrt, wenn wir geschützt sind durch unsere Autonomie wie bisher, bei der es für den Einzelnen unmöglich war, unwiderrufliches Vermögen in unserer Mitte zu erwerben. Die Sache ist noch nicht endgültig verloren; es muß aber sofort aus Wert gegangen werden. Es bedarf einer richtigen, starken Hand, die nicht bloß tun will, sondern auch tun kann, um dem Unglück vorzubeugen, das über unserem Stamme schwebt.

Warnung.

Da seit einigen Tagen die Passierscheine nach Abjerbeidjan mit besonderen Schwierigkeiten herausgegeben werden, so wäre jedem, der nach Abjerbeidjan zu fahren gedenkt, folgendes anzuraten:

1) Jeder muß einen Paß bei sich haben.
2) Jeder muß sich 2-3 Tage vor seiner Abreise nach Abjerbeidjan in der Mission einschreiben lassen, da man nie an dem Tage, da man sich meldet, Passierscheine erhalten kann.

3) In der Abjerbeidjan Mission bekommt man bloß dann Passierscheine, wenn man solche von den Georgiern erhalten hat.

Im Auftrage des J. B. O. Schaal.

An Herrn Schöffel-Duquetguat!

Im bekannnten Niederischen Gedichte heißt es:

Der alte Barbarossa,
Der Kaiser Friedrich,
Im unterischen Schloffe
Hält er vermauert sich.

Er ist niemals gestorben,
Er lebt darin noch jetzt;
Er hat im Schloffe verborgen
Zum Schlaf sich hingestekt usw.

Genießt hat nun unser lieber Herr Schöffel etwas Verwandtes mit dem alten Barbarossa, wie er hier im Biede hängen wird. Eins scheint jedenfalls, besonders zur Winterzeit, zu stimmen: da belieben beide zu schlafen. Ob nun der Schöffel auch gerade 100 Jahre auf seinem Kanapee geschlafen, davon berichtet er nicht. Jedenfalls mußte zuviel schlafen böses Blut, oder hat das Sauerkraut nicht Speck und mit dem zur Mäßigkeit gewöhnten Wein die „gefährlichen Grillen“ in Schöffelens „unmündigen Menschen“ so aufgeregt? Zu verwenden wäre es nicht. Besonders, wenn man recht spät vom Mastenballe kommt, pflegen einen nicht nur „Günzigen“ und „Maifäher“, sondern auch Räderchen und jurieren recht gewaltige Rater so zu zünden und zu zwaden, daß einem armen Schöffelchen, trotz dem weißen Schnee, alles so wüßend er scheint, daß er vieles nicht mehr begreifen kann, undhöher er doch sonst ein ganz verständiger Mann zu sein scheint. — So kann er es nicht begreifen, was doch einem Rande sonnenklar sein müßte, daß die Einkommensteuer hauptsächlich eben von denen bezahlt wird, die das Einkommen haben, und die „progressive“, d. h. fortgeschrittene, erst recht den reichen Mann belastet und den armen Mann entlastet; jedoch der arme Mann so billig wegkommt, wie sonst nie: er kann nämlich seine Kinder unsonst oder sehr billig schulden lassen und hat höchstens für Bücher, Deste und dergleichen zu sorgen. Während ohne Einkommensteuer die Volksschule garnicht bestehen könnte, Schöffelchen kann ferner nicht begreifen, daß die Wohlhabenden außer der Volksschule auch die höhere Elementarschule und die Realschule unterhalten, die gerade den Armen und Vornehmen viel Nutzen bringt, denn sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich später im Leben einen guten Beruf nach Belieben und Begabung zu wählen, während nie ohne die Bildung keine andere Wahl hätten, als Knäuel- und Wägebienste zu leisten. Ob einige Schüler dabei auch über das gewöhnliche Alter hinaus sind, hat für veränderliche Leute keine Bedeutung, und es kann höchstens diesen Schülern zur Ehre dienen, daß sie sich in ihrem Verdienste über allerlei kleinliche Borurteile und Mastenballe-Grillen hinwegsetzen. — Auch der Herrerg kriegt eins von der schlechten Laune ab. Was da wohl das Schöffelchen in seinem Sauerkrautpaß so angeregt haben mag? — Ewa das VI. Gebot, das vor 2 Jahren gründlich betreten werden mußte und dessen Betretung von manchen anderen Kolonien erbeten wurde? Oder hat am Ende dabei das Schöffelchen das böse Geniesse außer den Mastenballe geordnet? — Ei, ei, Schöffelchen! das läßt tief bliden! — Oder hat ihn die Kinderlehre so aufgeregt? Aber diese gewiß nur darum, weil er nie dagewesen ist samt seinem „alten Mann“, denn die Kinderlehre wird jeden Sonntag von 2-3 Uhr nachmittags öffentlich in der Kirche vom Herrerg gehalten, wobei die sogenannten Sonntagsschüler von den kleineren Kindern getrennt Katechisiert werden, während die letzteren, in etwa 20 Gruppen geteilt, von Herrerinnen und zuweilen von Herrern, nach Alter und Kenntnissen getrennt, unterwiesen werden. Freilich macht sich der Herrerg die Mühe, die Helfer 2 Mal wöchentlich theoretisch und praktisch vorzubereiten. — Sonderbar ist es, daß Schöffelchen nichts von alledem weiß. — Ich glaube, das gute Schöffelchen ist ganz unschuldig daran. Nur — die bösen „Grillen“ und der Gewattermann, das Jura Babale und der alte Mann, die haben dem Armen in seinem bemitleidenswerten Zustande den armen schwachen Kopf so vollgequillt, daß das gute Schöffelchen sein Sauerkraut und manches andere — nicht recht verdauen konnte. — Na, Schöffelchen, nächstens gut ausschlafen! und nicht jodeln Sauerkraut essen! —
Helenenborf, im März 1920. Einer von vielen.

Herausgeber der J. B. des Verbandes der transl. Deutschen. Verantwortlich für die Redaktion das Red-Komitee